








Anschrift Personal verwaltende Dienststelle	PvStS	Ort, Datum
		Sachbearbeiter
		Telefon
		E-Mail - Adresse 
		Personalverwaltende Stelle
<b>Landesamt für Steuern und Finanzen</b> Referat 338D Versorgung Postfach 10 06 55 01076 Dresden		<b>Versorgungsrechtliche Meldung</b>  Übersendung Personalakte (P-Akte), einschließlich folgender Unterlagen:   keine Änderungen seit letzter Übersendung der P-Akte Änderungen seit letzter Übersendung der P-Akte (Diese werden auf <b>Seite 3</b> mitgeteilt)

<b>7-stellige Personalnummer</b> (der Beamtin/des Beamten)	<b>Name, Vorname</b> (der Beamtin/des Beamten)
aus Gründen des/der:	
1. <b>Todes;</b> am aufgrund Dienstunfall oder Unfall durch Verschulden eines Dritten weiter mit Nr. 7	
2.1 <b>Eintritt in den Ruhestand</b> mit Ablauf des  mit Erreichen der Altersgrenze nach nach Erreichen der Altersgrenze hinausgeschoben gem.	
2.2 <b>Versetzung in den Ruhestand</b> mit Ablauf des  wegen Dienstunfähigkeit nach  Ruhestandsurkunde ausgehändigt am: Datum der Zustellung des Bescheides:  sofortiger Vollzug angeordnet: ja / nein auf Antrag (ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit) nach auf Antrag wegen Schwerbehinderung (ohne Dienstunfähigkeit)	
Bei Ruhestandsversetzung auf Antrag von <b>Lehrern</b> : Gilt § 46 Abs. 3 SächsBG? ja / nein Nach 2.1 und 2.2 weiter mit Nr. 7	
3. beabsichtigten Versetzung in den <b>Ruhestand ohne Antrag</b> , Vermeidung drohender Dienstunfähigkeit (sog. Zwangspensionierungsverfahren, § 52 Abs. 4 SächsBG) Fortführung des Verfahrens der <u>beabsichtigten</u> Ruhestandsversetzung <u>zugestellt</u> am: Einbehalt der die Versorgungsbezüge übersteigenden Besoldung ab: weiter mit Nr. 7	
4. Es ist beabsichtigt, den Ruhestandseintritt gemäß § 47 SächsBG <b>hinauszuschieben</b> bis zum: (weitere Angaben unter „13. sonstige Mitteilungen“)	
5. <b>Entlassung auf eigenen Antrag</b> zur Prüfung des Anspruches auf Altersgeld mit Ablauf des	
6. <b>Entlassung nicht auf eigenen Antrag</b> zur Prüfung des Anspruches auf Übergangsgeld oder Unterhaltsbeitrag mit Ablauf des weiter mit Nr. 7	

7.	neue <b>Haushaltsstelle</b> ab Versorgungsbeginn (zwingend vorzugeben): Funktionskennzahl:                      Kapitel:                      Titel mit Prüfziffer: Ggf. weitere neue <b>Haushaltsstelle</b> für einmalige Leistungen bei einer besonderen Altersgrenze (Ausgleichsbetrag nach § 91 SächsBeamtVG) (zwingend vorzugeben): Funktionskennzahl:                      Kapitel:                      Titel mit Prüfziffer:		
8.	Antrags auf <b>Erteilung einer Versorgungsauskunft</b> erstmalig wiederholt                      mit Änderung in den Dienstzeiten/persönlichen Verhältnissen z.B. Teilzeitumfang, Beurlaubung ohne Bezüge, Heirat, Geburt Kind, etc. (Bitte füllen Sie dazu zwingend die Übersicht auf Seite 3 aus.)  keine Änderungen seit der letzten Übersendung der Personalakte (z. B. wegen Versorgungsausgleich, Versorgungsauskunft o. dgl.)		
9.	Scheidungsverfahrens beim Familiengericht mit <b>Versorgungsausgleich</b>		
10.	<input type="checkbox"/> Anerkennung von Vordienstzeiten zum Zeitpunkt der Berufung ins Beamtenverhältnis (sog. <b>Vorwegentscheidung</b> )		
11.	Prüfung der <b>Versorgungslastenteilung</b> (bei Versetzungen/Übernahmen von Beamten/Richtern) Neuaufnahme eines Beamten/Richters ab: Versetzung/Beendigung eines Beamten-/Richterverhältnisses mit Ablauf des :		
12.	Erhebung eines <b>Versorgungszuschlages/</b> einer <b>Versorgungskostenbeteiligung</b> infolge einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge im dienstlichen Interesse oder öffentlichen Belangen oder Abordnung zu einem Dienstherrn außerhalb der Sächsischen Landesverwaltung oder Zuweisung zu einer Einrichtung/einem Arbeitgeber außerhalb der Sächsischen Landesverwaltung ab                      bzw.                      vom                      bis                      .  Die Hinweise in Nummer 7.4 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes (VwV SächsBeamtVG) zu den versorgungsrechtlichen Auswirkungen der o. g. Personalmaßnahme(n) sind bekannt, insbesondere hat sich der andere Dienstherr/Arbeitgeber bzw. die andere Einrichtung bereit erklärt, an den Freistaat Sachsen mit Beginn der Beurlaubung/ Abordnung oder Zuweisung einen Versorgungszuschlag/ einer Versorgungskostenbeteiligung zu zahlen. Die <b>Vereinbarung bzw. Einverständniserklärung</b> ist beigefügt. Auf die Erhebung eines Versorgungszuschlages/einer Versorgungskostenbeteiligung wurde <input type="checkbox"/> allgemein oder <input type="checkbox"/> im Einzelfall verzichtet. Entsprechende Unterlagen sind beigefügt. (Kopien sind ausreichend.)		
13.	<b>sonstige Mitteilungen</b>		
<b>Datenschutzhinweis gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung</b> Ihre Daten werden vom Landesamt für Steuern und Finanzen in Erfüllung seiner Aufgaben gemäß den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz verarbeitet. Weitere Informationen zu den einzelnen Aufgaben sowie über die Verarbeitung der Daten und der Rechte bei der Verarbeitung der Daten, die sich aus der Datenschutz-Grundverordnung ergeben, können Sie im Internet unter <a href="http://www.lsf.sachsen.de/Datenschutz.html">http://www.lsf.sachsen.de/Datenschutz.html</a> (z. B. Bereich Bezüge) abrufen. Die/ den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n des Landesamtes für Steuern und Finanzen, erreichen Sie unter: Landesamt für Steuern und Finanzen, Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, E-Mail-Adresse: <a href="mailto:Datenschutz@lsf.smf.sachsen.de">Datenschutz@lsf.smf.sachsen.de</a>			
Die Richtigkeit der Angaben und die Kenntnisnahme der datenschutzrechtlichen Hinweise werden bestätigt.  (Name der/des Unterzeichnenden)  Datum / Unterschrift                      Stempel			

Name, Vorname

7-stellige Personalnummer der Beamtin/des Beamten

Änderungen der Verhältnisse seit der letzten Übersendung der Personalakte an das Landesamt für Steuern und Finanzen, Ref. 338D Versorgung

Zeitraum (bitte Änderungen taggenau angeben)		personalverwaltende Dienststelle (nur bei Änderungen ergänzen)	Arbeitszeit (Vollzeit, Teilzeit mit jeweiligem Anteil)	bei Beförderungen / Ernennungen		Besoldungsgruppe (ggf. einschl. Amtszulage)	Bemerkungen
von	bis			m. W. v.	Einweisung in Planstelle mit Wirkung ab		

Heirat (Datum)			
rechtskräftige Scheidung (Datum)			
Tod des Ehegatten (Datum)			
Geburt von Kindern (Name, Geburtsdatum)			

Stempel/Unterschrift